

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattausgabe

Schalttag: Montag von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Wochentag: Montag a. M. Nr. 7400.

Wochentlich

12 Ausgaben.



Vertrieb:

Tagblattausgabe Nr. 6000-50.

Don 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Wochentag: Montag a. M. Nr. 7400.

Erzeugnisse: Vom Verlag bezogen: Nr. 14.50, durch die Ausgabebehalten bezogen: Nr. 15.—, durch die Träger des Haus abwärts Nr. 15.— monatlich. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabebehalten, die Träger und alle Vertriebsstellen. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Verleger keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Ersatzung des entfallenden Entgelts. —

Wochentlich: Ortliche Anzeigen Nr. 1.—, Finanz- und Bankwesen-Anzeigen Nr. 2.—, auswärtige Anzeigen Nr. 3.—, deutsche Anzeigen Nr. 4.—, auswärtige Anzeigen Nr. 5.— für die einseitige Aufnahme oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme anwerdender Anzeigen entsprechende Nachschlag. — Schluß der Anzeigen-Nachnahme für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abstellung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Blücherstraße 12, Fernsprecher: Amt Moritzplatz 13300.

Donnerstag, 1. Juni 1922.

Abend-Ausgabe.

Nr. 254. • 70. Jahrgang.

Reichstag und Reparationen.

Am Mittwoch hat die „große politische Aussprache“, die sich an die Erklärungen des Reichsfinanzministers anknüpfte, ihr Ende gefunden. Der Reichstag hat den deutsch-nationalen Mißtrauensantrag gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten abgelehnt. Es ist in hohem Maße bedauerlich, daß in letzter Stunde die Deutsche Volkspartei zu der prinzipiellen Opposition der äußersten Rechten und äußersten Linken einschwenkte. Was die beiden Rechtsparteien und die Kommunisten verlangen, ist kein Parlamentarismus mehr. Mitten in einer schwierigen Verhandlung kann die Regierung unmöglich im Parlament Rede und Antwort stehen. Sie würde damit ihre Verhandlungsposition und somit die Interessen ihres Landes aufs schwerste gefährden. Der Reichstag hat ja in jedem Falle das Recht, ein jetzt in Paris zustandekommendes Abkommen abzulehnen oder anzunehmen. Die Regierung ist der Vertrauensauskunft der Parlamentsmehrheit. Legt sie dem Parlament Ergebnisse einer politischen Unternehmung vor, die keine Mehrheit finden, so muß sie nach der Befragung zurücktreten. Man kann sie gewiß auch vorher fürchten, aber dann muß die absolute Sicherheit bestehen, daß eine neue Regierung bessere Ergebnisse zustandbringen wird. Besteht diese Sicherheit nicht und lassen sich die Verhandlungsergebnisse noch nicht übersehen, dann ist es ein unverantwortliches Beginnen, das schwere Geschick des parlamentarischen Mißtrauensvotums lediglich als Begleitbühlerische der Parteiagitation donnern zu lassen.

Nunmehr haben die berufenen Vertreter des deutschen Volkes ihren Urlaub angetreten und auch die führenden Mitglieder des Kabinetts sind in die Pfingstferien gereist. Der Reichstag hat in dieser Arbeitsperiode fleißige Arbeit geleistet. Der Etat ist unter Dach und Fach gebracht worden und die Arbeit des Tages ist trotzdem nicht zu kurz gekommen. Die deutsche Genua-Delegation hat die Zustimmung des Parlaments gefunden für die Art und die Form, in der sie die Interessen Deutschlands auf der Weltkonferenz vertreten hat, wenn es auch im einzelnen nicht an Kritik gefehlt hat und wenn auch die allgemeine Zustimmung nicht ihren Niederschlag in einem Vertrauensvotum fand, wie das in anderen Ländern üblich ist, da die Parteierklärung in Deutschland die Einbringung eines solchen Vertrauensvotums fast unmöglich macht. Aber das hauptsächlichste und vielleicht einzig positive Ergebnis von Genua, den deutsch-russischen Vertrag von Rapallo, wird allerdings nach dem Pfingstfest noch im Parlament zu reden sein, da die Regierung den Vertrag dem Reichstag zur Ratifizierung zuleiten wird. Es steht aber schon heute fest, daß Schwierigkeiten hierbei nicht mehr entstehen werden, da die Redner aller Parteien sich mehr oder weniger mit dem Vertrag einverstanden erklärt haben. Selbst der Sprecher der Deutschnationalen, Professor Dr. Hochhuth, hielt den Abschluß des Rapallo-Vertrages für richtig und zweckmäßig.

Das deutsch-nationale Mißtrauensvotum knüpfte denn ja auch nicht an Genua, sondern an die Frage der Reparationen an, d. h. an die Frage, die besonders im Hinblick auf den Termin des 31. Mai im Vordergrund des Interesses steht. Ein positiver Anlaß, die Reparationspolitik der Regierung zu mißbilligen, lag zwar im Augenblick nicht vor, da die Verhandlungen in Paris noch schweben, mithin also von einer endgültigen Entscheidung auch nicht die Rede sein kann. Die Regierung hatte darum auch zuerst den Wunsch geäußert, die Reparationsfrage jetzt im Reichstag völlig auszuschalten und sich auf Genua und Rapallo zu beschränken, war aber mit dieser Absicht nicht durchgekommen. Der Kanzler selbst und auch die Redner der Koalitionsparteien befleißigten sich aber bei der Erörterung dieses Problems großer Zurückhaltung. Auch in den Reihen der Opposition konnte man sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß ein Anlaß für ein Mißtrauensvotum nicht gegeben sei, doch erwiesen sich jene Kreise, die auf ein solches Mißtrauensvotum nicht verzichten zu können glaubten, als die Stärkeren und so kam schließlich die Formel zustande, die besagt: „Der Reichstag mißbilligt, daß die Regierung bei den Verhandlungen über die Reparationsfrage in einer Weise verfährt, die mit den Rechten und der Verantwortlichkeit des Reichstages nicht vereinbar ist.“ Also: die Deutschnationalen als Hüter des von ihnen so arg befürchteten Parlamentarismus. Das Bild war zu absurd, zumal die Regierung dem Parlament im Auswärtigen Ausschuss Rede und Antwort gestanden hatte, als daß irgend jemand darauf hereinfallen konnte. Auch der volksparteiliche Redner, Becker-Hellend, rückte unter solchen Umständen

den von den Deutschnationalen ab, denen er zurief, es wäre ein ungewöhnliches Verfahren des Reichstages, in dieser Weise in schwebende Verhandlungen einzugreifen.

Jedenfalls hat die Regierung nun nach dem Abschluß der allgemeinpolitischen Verhandlungen des Reichstages freie Hand für die Vereinbarungen mit der Reparationskommission. Einen Schritt auf diesem Wege bedeutet die neue deutsche Note an die Reparationskommission, die im wesentlichen auf den Vereinbarungen beruht, die der Reichsfinanzminister Dr. Hermes bei seinen Verhandlungen in Paris mit Mitgliedern der Reparationskommission und mit dem englischen Mitgliede der Kommission Bradburn getroffen hat. Die Note bringt, wie schon vorher bekanntgeworden war, die Begrenzung der schwebenden deutschen Schuld auf den Stand vom 31. März 1922, wo sie 271 935 Milliarden Mark betrug. Sie bringt also die so oft geforderte Stilllegung der Notenpresse. Für den Fall aber, daß eine Überschreitung dieser Summe nötig wird, wird die Deckung durch neue Steuern erfolgen, über die sich nähere Angaben in der Note nicht finden. Darüber, daß bei einer unerwarteten Verschlechterung der deutschen Mark die Abgrenzung des Höchstbetrages nicht gelten soll, findet sich in der Note keine Bestimmung. Es ist bekannt, daß der Kanzler eine solche force majeure-Klausel wünschte, daß aber in Paris darauf verwiesen wurde, die Klausel könne nicht aufgenommen werden, da der Rechtsfall der höheren Gewalt ja allgemein gültig sei. Außerordentlich weitgehende Zugeständnisse bringt die Note in der Frage der Finanzkontrolle und man kann der Meinung sein, daß man hier der Reparationskommission oder ihren Vertretern eine zureichende Blankovollmacht für die Durchschnüfflung der deutschen Finanzverwaltung in allen ihren Zweigen und Abteilungen gegeben habe. Beigefügt ist der Note schließlich ein Haushaltsentwurf für 1922, der im ordentlichen Etat einen Überschuf von fast 71 Milliarden herausrechnet, gegenüber den 16½ des bisherigen Entwurfs.

Voraussetzung für all die deutschen Zugeständnisse ist aber das Zustandekommen einer Anleihe, wie denn ja auch der Sinn der deutschen Note der ist, den Weg für diese äußere Anleihe frei zu machen. Die Beratungen des von der Reparationskommission eingesetzten Anleihekomitees haben inzwischen ihren Anfang genommen, ohne daß sich jetzt schon Bestimmtes über die Aussichten sagen ließe. In England vertritt man anscheinend in weiten Kreisen die Auffassung, man könne sich an einer solchen Anleihe erst beteiligen, wenn die ganze Reparationsfrage endgültig geregelt sei und auch in Amerika hat diese Anschauung zahlreiche Anhänger, wie auch in Deutschland vielfach die gleiche Ansicht vertreten wird. Das Blatt des Herrn Stinnes, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, hat erst in diesen Tagen ausgeführt, man müsse jetzt die Reparationsfrage von Grund auf regeln. Eine solche Regelung wäre freilich kaum möglich, ohne gleichzeitig das Problem der internationalen Verschuldung seiner Lösung entgegenzuführen. Ob die Zeit dafür heute schon reif ist, muß allerdings bezweifelt werden. Man wird sich daher möglicherweise doch mit einer Lösung begnügen müssen, die Deutschland über die akuten Schwierigkeiten hinweghilft. In der Überzeugung, daß diesmal tatsächlich die Zeit für Deutschland arbeitet!

Lord George zur Erfüllungspolitik.

W. T. B. London, 31. Mai. Im Unterhaus laute Lord George in einer kurzen Darlegung der Reparationsfrage, man könne annehmen, daß die kritische Phase in der sich die Reparationsfrage vor kurzem befand, überwunden sei. Es bestünde kein Grund zu einem Zwist zwischen Frankreich und England. Alle Mitteilungen, die ihm ausgingen, seien drückend die Hoffnungen aus, daß ein Abkommen zustandekommen würde, das nicht nur für die Schuldner, sondern auch für die Gläubiger annehmbar sein würde. Er freue sich, daß die deutsche Regierung sich wirklich bemühe, den Wünschen der Reparationskommission entgegenzukommen. Nach Erwähnung der Schwierigkeiten der deutschen Regierung habe sich Lord George weiter die letzte deutsche Regierung habe sich verpflichtet, ihr Bestes zu tun, um den Friedensvertrag auszuführen. Er glaube, daß sie sich sehr um seine Ausführung bemühe. Sie habe erheblichen politischen Schwierigkeiten entgegenzutreten und wenn sie diesen Schwierigkeiten begegne, wie es tatsächlich tue, so habe sie Anspruch auf jede Rücksicht und jeden Respekt, den man erwahren könne. Eine Politik der Nichterfüllung des Friedensvertrages würde eine Politik des sofortigen Unfalls für Deutschland sein. Ohne Frage würde Frankreich allein vorsehen, wenn Deutschland dem Versailler Vertrag gegenüber irgendeine Mißachtung zeigen würde. Wenn eine deutsche Regierung aus Rache, die dem Friedensvertrag Vorkommen leisten wollte, würde Frankreich bei Ausübung seiner Bestimmungen nicht allein gelassen, sondern England und Frankreich würden zusammen vorgehen. Großbritannien trete für eine Politik der Mäßigung, aber auch für eine Politik der Erfüllung des Vertrages ein. Jedes isolierte Vorgehen seitens eines der Verbündeten würde unzulässig sein für die zwischen ihnen bestehende Entente.

Die Antwort der Reparationskommission.

Am Paris, 1. Juni. Das veröffentlichte Wortlaut des Beschlusses der Reparationskommission an den Reichskanzler lautet:

Wir haben die Ehre, den Eingang des vom 28. Mai datierten Schreibens des Reichskanzlers zu bestätigen, in dem die ergriffenen Maßnahmen wie auch die Maßnahmen zu unserer Kenntnis gebracht werden, die das Reich nach in der Folge vorzunehmen beabsichtigt, um den von der Kommission in ihren Schreiben vom 21. März und 13. April gestellten Bedingungen bezüglich der

teilweisen Stundung der Zahlungen.

die Deutschland in Durchführung des Zahlungsplanes im Laufe des Jahres 1922 zu leisten hat, gerecht zu werden. Die Reparationskommission hat die Ehre, Ihnen in der Anlage eine Abschrift ihrer Entschliessung Nr. 1976 A vom heutigen Datum zu überreichen, welche den vorläufigen Zahlungsausschub bestätigt in Gemäßheit des in dem letzten Paragraphen der Entschliessung Nr. 1841 vom 21. März angegebenen Verfahrens. Mit Rücksicht darauf, daß eine baldige Entschliessung in der Frage des Aufschubs von großer Wichtigkeit ist, hielt sich die Kommission für berechtigt, obgleich mehrere Punkte des Schreibens, dessen Eingang bestätigt wird, einer vollständigen Aufklärung bedürften, schon jetzt die obige Entschliessung zu treffen, indem sie die Fragen, die sie als noch nicht geregelt betrachtet, für später aufhebt, um dann in der in dem Text der Entschliessung angegebenen Weise behandelt zu werden. Diese Fragen werden Gegenstand einer weiteren demnächstigen Mitteilung an den Kanzler bilden.

(Ges.) Dubois, John Bradburn, Salvago Raggi, Bemelmans

Die Entschliessung Nr. 1976 A

lautet:

Die Reparationskommission hat das Schreiben des deutschen Kanzlers vom 28. Mai aufmerksam geprüft, welches die bereits ergriffenen Maßnahmen mitteilt sowie die neuen Maßnahmen, die die deutsche Regierung zu ergreifen sich verpflichtet, um den von der Reparationskommission in ihren Schreiben vom 31. Mai und 13. April gestellten Bedingungen bezüglich der teilweisen Stundung der Zahlungen, die Deutschland in Durchführung des Zahlungsplanes im Jahre 1922 zu machen hat, gerecht zu werden. Während die Kommission bedauert, daß die deutsche Regierung nicht eher mit der Ergriffung dieser Maßnahmen begonnen hat, und indem sie die von der deutschen Regierung abgegebenen Erklärungen berücksichtigt, erkennt sie an, daß das, was die deutsche Regierung vorschlägt und die neuen Maßnahmen, die sie zu ergreifen sich verpflichtet, eine ernsthafte Anstrengung der deutschen Regierung darstellen, um den Forderungen der Kommission nachzukommen. Die Kommission beschließt daher, das Deutschland am 21. März bewilligte

Moratorium

für einen Teil der im Jahre 1922 in Durchführung des Zahlungsplanes zu leistenden Zahlungen zu bestätigen. Der genannte Aufschub für das Jahr 1922 wird mithin am 1. Juni in Gemäßheit des letzten Paragraphen der Entschliessung Nr. 1841 vom 21. März 1922 einträufeln werden. Die Kommission nimmt Kenntnis davon, daß mehrere der ins Auge gefassten Regelungen zur Befriedigung der von der Kommission aufgestellten Bedingungen noch in den Einzelheiten zwischen der deutschen Regierung und dem Garantieauschuss ausgearbeitet werden müssen. Andererseits bemerkt die Kommission, daß die laufende Schuld betreffende Vorläufe der deutschen Regierung nur dann als erledigt betrachtet werden, in die Praxis umgesetzt zu werden, wenn Deutschland

eine vernünftige Hilfe durch eine auswärtige Anleihe

erlangt. Die Reparationskommission muß daran erinnern, daß der augenblicklich bestätigte Aufschub jeden Augenblick annulliert werden kann in Gemäßheit des letzten Paragraphen der Entschliessung Nr. 1841, wenn die Kommission später zu der Überzeugung gelangt, daß Deutschland gegen die Erfüllung der oben vorgeschriebenen Bedingungen verstoßen hat. Ohne Schmälerung der allgemeinen Rechte, welche die Kommission in dem erwähnten Paragraphen vorbehalten hat, behält sie sich ausdrücklich das Recht vor, den Zahlungsausschub in jedem Augenblick zu annullieren, wenn sie nicht von dem aus demselben resultierenden Fortschritt befriedigt ist in der Regelung der noch schwebenden Fragen oder wenn Deutschland, falls es die durch eine äußere Anleihe erwünschte Hilfe nicht erlangt, die in dem Schreiben des Kanzlers vom 28. Mai angeführten Maßnahmen bezüglich der laufenden Schuld nicht durchführt oder wenn keine anderen Abkommen zur Regelung des Haushaltsgleichgewichts bei der laufenden Schuld zustandekommen, welche die Kommission befriedigen.

Eine Chiffresprechung über das Reparationsproblem.

Br. Berlin, 1. Juni. (Via Drahtbericht.) Gestern fand eine Chiffresprechung über das Reparationsproblem statt. Wann der Reichskanzler die Erklärung über die Reparations- und Anleiheverhandlungen im Reichstag geben wird, wegen denen er von den unabhängigen Interpellanten worden ist, steht bis jetzt noch nicht fest, sondern hängt von dem weiteren Verlauf der weiteren Verhandlungen ab. Der Reichskanzler wird die Parteien jedoch über den Gang der Verhandlungen dadurch auf dem laufenden halten, daß er die Parteiführer von Zeit zu Zeit unterrichtet wird. Die Chiffresprechungen mit den Parteiführern werden sich jedoch nicht auf die Führer der Koalitionsparteien beschränken.

Kurzer Urlaub der Mitglieder des Reichskabinetts.

Br. Berlin, 1. Juni. (Via Drahtbericht.) Nachdem gestern der Reichstag in Berlin geschlossen ist, verläßt auch die Mehrzahl der Mitglieder des Reichskabinetts Berlin zu kurzem Urlaub. So tritt laut „B. L.“ Reichskanzler Dr. Brüning morgen eine Reise nach Konstanz und Freiburg an, von der er voraussichtlich Mitte nächster Woche zurückkehren wird. Auch Reichsfinanzminister Dr. Hermes geht eines Tages in Urlaub.

Der deutschnationale Miktrauensantrag im Reichstag abgelehnt.

Br. Berlin, 1. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Kurz vor 11½ Uhr eröffnete Präsident Ebert die Mittagspause des Reichstags. Gemäß dem Antrag des Geschäftsordnungs-Ausschusses wurde die beantragte Genehmigung zur Einleitung von Privatklagenverfahren gegen die Abgeordneten Dr. Heim (S. W.) und Thomas (Komm.) verweigert.

Das Haus ging dann zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über den

Vertrag zwischen Deutschland und Dänemark

über, über den Abg. v. Rheinbaben (D. W.) den Bericht des Ausschusses erstattete.

In kurzen Ausführungen nahm darauf der Reichstagspräsident am Vertrag Stellung und sprach den Verfassungskriterien, die die Vertragsverhandlungen gefördert haben, vor allem auch dem dänischen Außenminister, den Dank der Regierung für ihre schätzbaren weislichen Arbeiten aus. Er gab ferner der Hoffnung Ausdruck, daß die zu Dänemark geschlossenen ehemaligen deutschen Staatsbürger auch unter ihrer neuen Regierung die deutsche Kultur werden pflegen können, und empfahl den Vertrag.

In der sich anschließenden Diskussion ergriffen die Abgeordneten (S. W.), Thomas (D. W.), Dr. Heim (S. W.) und Gotthein (D. W.) das Wort.

Der Vertrag wurde schließlich in zweiter und dritter Lesung einstimmig angenommen.

Darauf trat das Haus in die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Erhöhung der Zulagen in der Unfallversicherung ein und nahm die Vorlage des Entwurfs in zweiter und dritter Lesung an.

Auch der Gesetzentwurf über die Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht, in der der Ausschuss die Ausdehnung auf 72.600 M. Jahreseinkommen beantragte, wurde nach kurzer Debatte in zweiter und dritter Lesung in der Ausdehnung angenommen.

Ebenso wurde angenommen das Gesetz über die Erhöhung der Leistungen zur Wochenhilfe, Wochenfürsorge und Sozialversicherung sowie der Gesetzentwurf über die teilweise Umgestaltung der Angestelltenversicherung, die die Grenze des Einkommens erhöht, das Soldatenversicherungsgesetz und der Gesetzentwurf über die Erhöhung der Verwaltungskostenbeiträge bei Tilgung von Darlehen usw.

Das Reichsgruppengesetz wurde dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Von den Unabhängigen war inzwischen eine Interpellation eingegangen, die Anstalt über die Pariser Reparationsverhandlungen verlangt. Da jedoch im Ministerrat der inzwischen zusammengetreten war, die Lage bis dahin geklärt worden war, daß in der Kammer zurzeit nicht in der Lage sei, etwas sagen zu können, änderten die Unabhängigen ihren Antrag dahin, daß sie die Reparationsvorlage befrachten wollen wollten, wenn der Reichstagsrat auf weiteren Mitteilungen bereit sei.

Dieser Antrag fand unter großer Beifallstimmung gegen die Stimmen der Reichsparteien Annahme.

Nunmehr folgte der Miktrauensantrag der Deutschnationalen zur Abstimmung. Vorher gab der unabhängige Abgeordnete Crippien die Erklärung ab, seine Fraktion werde den Miktrauensantrag der Deutschnationalen ablehnen, weil er nur dem demagogischen Instinktsbedürfnis der Reaktion entspreche.

Nach weiteren Erklärungen des deutschnationalen Abgeordneten Dietrich, der unter Beifall der Mehrheit ausfuhrte, durch die jetzt veröffentlichte Reparationsnote der deutschen Regierung erhalte der Miktrauensantrag seiner Partei erhöhte Bedeutung, und der Abg. Dr. Feder-Hellen (D. W.), Bölslein (Komm.) und Leisch (S. W.) wurde der deutschnationale Miktrauensantrag gegen die Stimmen der beiden Reichsparteien und der Kommunisten abgelehnt.

Gegen 2½ Uhr vertagte sich das Haus auf Dienstag, den 13. Juni.

Die Erhöhung der Postgebühren vor dem Reichstagsausgang.

Br. Berlin, 31. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Der Postgebührenausschuss des Reichstags beschäftigte sich gestern mit dem Reichstagsantrag zur Erhöhung der Postgebühren. Die vorgeschlagenen Erhöhungen für Postkarten und Briefgebühren wurden angenommen. Über die anderen Punkte entspann sich eine lebhafte Debatte. U. a. wurde beantragt, für Drucksachen, Warenproben, Geschäftsbriefe und Mitteilungen die gleichen Gebühren festzusetzen. Die Verhandlungen kamen noch nicht zum Abschluß.

Der Gesetzentwurf über die Zwangsanleihe.

Br. Berlin, 1. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der Gesetzentwurf zur Erhebung einer Zwangsanleihe ist gestern dem Reichstag vorgelegt worden.

Berliner Theaterbrief.

Berlin, Ende Mai.

Wenn der expressionistische Taymel, der als eine Modekrankheit für eine kurze Zeit unsere Bühnen erfaßt hat, etwas Gutes mit sich gebracht hat, so ist es die klare Bemerkung auf ein paar unserer kräftigsten dichterischen Begabungen vergangener Zeiten, die wegen ihrer inneren Gesetzmäßigkeit zu den Gesetzen der Bühne früher nur leiten beachtet wurden. Die schnell jugend getriebene Unmöglichkeit des dramatischen Schaffens, das unter der Fänge des Expressionismus lagerte, trübte, da die schau-spielerische und szenische Aktion einmal wieder belebt war, dazu, für die Form irgendwelchen Inhalt zu suchen. Man fand ihn bei Männern wie Büchner, Lessing und besonders Goethe. Sie haben in den letzten drei Jahren so viel Aufführungen erlebt, wie vorher nicht in den drei Generationen, die seit ihrem Dichten ins Grab gesunken sind. Die entbehrte Aufrechterhaltung wurde Grabes gut. Sein reichhaltiges Drama „Don Juan und Faust“ ist in einer Neuaufführung des Schieders dieser Zeiten an einem halben Dutzend Bühnen mit harter Wirkung aufgeführt, von ebenso vielen noch vorbereitet, das nie gekannte Fragment „Dannibal“ wurde an mehreren Bühnen tiefen Eindruck, und jetzt hat Leopold Jekner im Berliner Schauspielhaus dem „Napoleon“ einen nachhaltigen Bühnenerfolg errungen.

Freilich weniger dem Napoleonendrama Grabes als dem Jekners. Wer das Gern Grabes liebt, wer mit seinen Worten wirklich vertraut ist, kann von den Einbrüchen der Jeknerschen Aufführung nur mit ungetrübten Gefühlen sprechen. Der Spielleiter Jekner hat wieder einmal Höchstes geleistet. Aber auch niemals hat auch er so deutlich erkennen lassen, daß er sich keineswegs von der abschließenden Bahn Rembrandts trennen will, an deren Ende die Weisheit des Spielleiters steht, der seinen Ruhm auf dem willkürlich zurechtgemachten Wert des Dichters aufbaut. Das der ungeliebte Marmorblock der Napoleonischen Energie behauen werden muß, wenn daraus Bühnenfähige Mite werden sollen, ist gewiss. Aber es scheint mir durchaus zu verwerfen, wenn diese wichtige und schwierige Arbeit unter politischen Gesichtspunkten vorgenommen wird. Jekner hat als sein eigenes Dramaturg die „Napoleon“ in ein international-republikanisches Schauspiel verwandelt. In Grabes war bei aller Begeisterung für die überlegende Gestalt Napoleons eine tiefe Liebe für ein — vielleicht noch unklar gefühltes — deutsches Vaterland lebendig, wie es in „Don Juan und Faust“ so allabendlich auftritt: „O Deutsch-

Eine Interpellation zur Entmilitarisierung des rheinischen Eisenbahnetzes.

W. T. B. Berlin, 1. Juni. (Drahtbericht.) Die Zentralkommission des Reichstages hat den Beschlus der Reichstagskonferenz, von der deutschen Regierung, die Entmilitarisierung des rheinischen Eisenbahnetzes zu fordern, zum Gegenstand einer Interpellation an die Reichsregierung gemacht. In der es heißt, was hier unter dem Vorwand der Entmilitarisierung der Rheinlande gefordert wird, kennzeichnet sich tatsächlich als eine völlige sinnlose Verschwendung wirtschaftlicher Werte und bedeutet überdies für das Reich eine schwere Belastung und eine durch nichts gerechtfertigte Schädigung des deutschen, insbesondere des rheinischen Wirtschaftslebens. In einer derartigen Maßnahme liegt um so weniger ein Anlaß vor, als nach Durchführung der Entmilitarisierung des rheinischen Eisenbahnetzes die Entmilitarisierung Deutschlands den bedrohten Eisenbahnanlagen eine militärische Bedeutung nicht mehr beizumessen werden kann. Wir fragen daher: Ist die Reichsregierung gewillt, alle ihr zu Gebote stehenden Mittel aufzubringen, um das dem rheinischen Verkehrswesen drohende Verhängnis abzuwenden?

Protest gegen die Luftfahrtnote.

Br. Berlin, 1. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der Deutsche Luftfahrtverband teilt mit, daß auf dem 18. Deutschen Luftfahrttag in Münster i. W. auf dem die gesamte deutsche Luftfahrt durch Abgeordnete vertreten war, eine Entschließung einstimmig angenommen wurde, als Protest gegen die Note der Reichsregierung vom 14. April d. J.

Nachprüfung der Vorschriften über den Waffengebrauch der Polizeibeamten.

W. T. B. Berlin, 31. Mai. Wie der amtliche preussische Pressedienst erklärt, werden im Ministerium des Innern die Vorschriften über den Waffengebrauch der Polizeibeamten zurzeit einer Nachprüfung unterzogen.

Die Notlage der Presse.

Br. Berlin, 1. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Im Anschluß an die Oberbühnenredaktion land laut „R. T.“ gestern Abend eine Sitzung des Reichstagsabstimmungs Ausschusses, in der über den Gesetzentwurf zur Erhebung der Notlage der Presse beraten wurde. Das Reichstagsabstimmungs Ausschuss hat die Sache nochmals in der Oberbühnenredaktion zu behandeln; alsdann soll der Gesetzentwurf der Reichsregierung schließlich vorgelegt werden.

Schiedspruch im Buch- und Zeitungsgewerbe.

W. T. B. Berlin, 31. Mai. Die Lohnunterschiede im Buch- und Zeitungsgewerbe sind gestern durch einen Schiedspruch im Reichsministerium beigelegt worden. Durch den Schiedspruch wurden den Buchdruckerarbeiten und Hilfsarbeitern dieselben Zulagen wie für die Maler ausbezahlt. Der Schiedspruch ist von beiden Parteien angenommen worden.

Die Druckpreise erfahren durch die erneute Lohn-erhöhung eine weitere Steigerung um 25 Prozent.

Die Übergabe Oberschlesiens.

Br. Berlin, 1. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die Übergabe Oberschlesiens wird, wie wir hören, etwa um den 10. Juni beginnen und voraussichtlich, daß keine Zwischenfälle eintreten, etwa vierzehn Tage dauern. Die Grenze zwischen dem an Polen abzutretenden Teile und dem beim alten Vaterlande verbleibenden wird also etwa am 12. Juni gezogen sein. Es werden dann sofort die Arbeiten für die Autonomieabstimmung in die Wege geleitet werden.

Die polnischen Kuren in Oberschlesien.

Br. Berlin, 1. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Wie der „Post. Ztg.“ aus Oberschlesien berichtet wird, sind die polnischen Kuren in dem Polen ausgetretenen Teil Oberschlesiens eine von langer Hand wohlüberlegte politische Aktion zu dem Zweck, nach der Übergabe des Gebietes in radikaler Weise ein von Deutschen rein zu machen. Durch die Flüchtlingsschiffe sind gestern allein 1500 Flüchtlinge gegangen. Wie berichtet wird, habe der Reichskontrolleur von Katowice auf ein Erlauchen um Einleihen von Truppen abgelaufen geantwortet mit der Bemerkung, daß die Truppen nicht zu Soli-satzwerden zur Verfügung ständen.

Nach dem „R. T.“ macht sich auch im Kreise Hindenburg eine neue Bandenaktivität bemerkbar. Aus Maslowitz und anderen Orten der polnischen Bewegung liegen Berichte vor über eine beabsichtigte Vertreibung der deutschen Bevölkerung. Vor allem sollten die deutschen Grundbesitzer durch Polen, Franzosen, Belgier und Litauern ersetzt werden.

land, Vaterland! Die Träne hängt mir an der Wimper, wenn ich dein Gedanke!“ Jede Andeutung dieses Gefühls hat Jekner vertilgt, ohne zu begreifen, daß er damit die Kontinuität in der Persönlichkeit des Helden zerstört, der Fiktion das Maßstab gebrochen hat. Seine Überzeugung geht so weit, daß er selbst die Schlüsselwörter „Vaterland, Preußen“ geschrieben hat, und man könnte mehr als einen Zufall darin sehen, daß er alle schau-spielerische Fiktion auf die Napoleonische Kontinuität und die Deutschen völlig gleichgültig behandelt (selbst einen Helden der bösen Theatermode des Herrn Vatro ausgeklüffelt) hat.

Nach allem, was an diesem Abend wieder deutlich wurde, daß Jekner durchaus ohne innere Beziehungen zur Dichtung ist, so wurde das Bedauern darüber verstärkt durch die Erkenntnis, daß aus der aufwühlenden Leidenschaft des Spielleiters erwuchs. In Szenen von unerhörter Einseitigkeit hat Jekner die Stimmung der einzelnen Kette gebildet, von deren farbigem Hintergrund die Persönlichkeit des Helden sich in ihrer höchsten Majestät einbruchslos abhebt. Die gelungene Anrede der Zeit littet durch die Szenen in Paris, das Volk, eifrige Bürger und Konstantinopel, er-macht zu einer vollkommenen Lebendigkeit. In diesem Abwehr-mus haben die Ereignisse aus unruhiger Erwartung zur Er-lebterung der Erde empor. Aber von Goethe (von Lessing) Klein mit demselben Einfalt der Mittel zu unerhörten Bildhaftigkeit geklärt) haben alle Schauer geklärt Menschlichkeiten. Von den ungewissen Anforderungen, die die Schichten des Dramas stellen, verlangt schließlich auch Jekners Bühne. Aber ein paar mal gefangen doch auch über noch stärkere Wirkungen, das Bild des schlafenden Napoleon auf drohend ragender Felsite, der Untergang der Götter. Nur die Szenen bei Wellington bleiben bloß.

Das mehr Format des Napoleon auszufüllen, ward Ludwig Hartung berufen. Er hat die läche Fiktion, das ausdehnde Temperament, die innere Kraft. Im Minutenspiel tut er mitunter das Gute zu viel. Grotesk Format hatte neben ihm noch Erwin Käser als Ferdinand. In ein paar Aufzügen weckte ein neuer Mann, Hans Hammet, Interesse. Die ganze Aufführung ward stimmungsbefähigt. Auf dem vermittelten, zum Jekner gewandten Dichter hat am Schluß eines totalen Jahres Jekner wieder einen nachhaltigen Regie-Erfolg errungen.

Ganz zuletzt hat auch das Deutsche Theater noch einen lauten Erfolg zu verzeichnen, der allerdings kaum mehr kommerzieller Art ist. Ludwig Fulda's Lustspiel „Des Eils Schatten“ entwickelt in drei Akten, leicht plätschernden Akten die Geschichte, die Wieland von seinem Nachbarn in Abdera erzählt, bei dem es sich darum han-

Die internationale Anleihe.

D. Paris, 1. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der „Matin“ meldet, Morgan hat den französischen Ministerpräsidenten besucht, woraus zu entnehmen ist, daß die Anleihe an Deutschland als gesichert gelten kann. Sie wird frühestens Anfang Juni zur Verfügung stehen. Morgan hat Boincard wissen lassen, daß die Anleihe zu 1/2 direkt den Alliierten zugeführt werden könnte. Die Ab-tragung der alliierten Schulden an die Vereinigten Staaten soll nach Morgans Vorschlag im September bebrochen werden.

Ein Vertreter des „Intransigent“ hatte eine Unter-redung mit einer der Reparationskommissionen nachstehen-den Verhältnisse. Diese Verhältnisse liegen in dem Geiste des Marktfurkes an den fremden Börsen ein günstiges Vorzeichen und glaubt daraus schließen zu können, daß man nunmehr mit einer Reparationsanleihe rechnen dürfe, denn die Kredite beruhen auf dem Vertrauen. Wenn die deutsche Regierung weiterhin Vertrauen einflöße, würde man ihr Geld borgen. Deutschland brauche bis zum Mai 1923 eine Milliarde Goldmark von der 400 Millionen Gold-mark auf die Reparationszahlungen entfielen, der Rest von 600 Millionen Goldmark würde für weitere Monatsraten Verwendung finden und ferner für die Stabilisierung der Mark.

W. T. B. Paris, 1. Juni. Das „Deuore“ berichtet, der internationale Anleiheauschuss hat gestern nach-mittag wiederum zusammengetreten. Der holländische Bille-ting habe über seine Reise nach Berlin berichtet. Das Blatt glaubt zu wissen, daß er sich über die Zahlungs-fähigkeit Deutschlands weniger günstig äußerte, als man hätte glauben können. Die Fakten, die der Verfall der Friedensverträge Deutschland auf-würde, seien wirklich übertrieben. Der Anleiheauschuss würde mehr und mehr davon überzeugt, daß es schmerzhaft sei, einem Staat Vorschüsse zu leisten, auf dessen Gesamtvermögen bereits eine erste Hypothek von 132 Milliarden Goldmark laste, die wiederum noch durch die Reparationskosten erhöht würden. Tatsächlich — so schließt das Blatt — sei, wie es von der ersten Stunde an erklärt habe, der Bankierauschuss unwirksam gezwungen, das Reparationsproblem, die Garantiefolge und die Frage der internationalen Schulden in ihrer Gesamtheit zu prüfen. Natürlich befürchtet es, auf ein neues „Verbot“ des Herrn Boincard zu stoßen. Unter diesen Umständen sei es allzufrüh, daß der Ausschuss sehr bald einen Bericht verfaßt werde, in dem er erklärt, daß unter dem augenblicklichen Regime des Vertrages von Versailles Deutschland kein Kredit gewährt werden könnte, auch nicht indirekt Europa.

Frankreich bleibt wachsam.

W. T. B. Paris, 1. Juni. Wie der „Petit Parisien“ meldet, hat die französische Regierung gestern Abend an ihren Delegierten in der Reparationskommission einen Brief ge-schrieben, in dem sie keine Aufmerksamkeit auf die Unbe-stimmtheit gewisser Verpflichtungen Deutschlands hin-lenkt, sondern vielmehr die Form der Kontrolle als auch über den Standpunkt zu anderen Reformen. Die französische Regierung sei auch, daß es wünschenswert sei, daß Deutsch-land seine Reparationsausgaben auf dem ordentlichen Budget verzeichne antwort in einem Anhang, also sie da-durch in die zweite Linie stelle. Das Blatt fügt hinzu, daß die französische Regierung trotz der Ausstellungen nicht abgern werde, sich vor der Entscheidung der Reparations-kommission zu beugen, aber wachsam bleiben werde.

W. T. B. Paris, 1. Juni. Das „Echo de Paris“ be-urteilt die Lage nach Annahme der deutschen Note durch die Reparationskommission pessimistisch. Wie könne man nicht erkennen, daß es ein Fehler gewesen sei, für die in-ternationale Anleihe nicht wirkliche Garantien zu schaffen, die unabhängig seien von dem guten oder schlechten Willen Deutschlands? Wie könne man nicht sehen, daß die Reparations des Deutschen Reiches rein formal seien? Denn die deutsche Regierung habe hierdurch nur Sanktionen vermeiden, aber nicht sich effektiv zahlungslos machen wollen. Selbst wenn die Finanzminister von den von der deutschen Regierung angekündigten Maßnahmen befreit seien, würden sie darin nur die eine Seite der Anleihe leben. Damit die Anleihe Erlöse habe, müßten in ihren Augen wesentliche Opfer der Alliierten gebracht werden, die mit denen korrespondierten, die Deutschland gebracht habe, also eine Herabsetzung der Schuld vorzunehmen werden. Die offensichtliche Tendenz der Sanktionen sei, daß mit der Annahme der deutschen Antwort das Reparations-problem geregelt sei, und daß Frankreich sich mit seinem An-teil begnügen werde, wie hoch auch immer der Ertrag der internationalen Anleihe sei, und daß, nachdem also auf diese Weise die politischen Fragen geregelt seien, man in aller Ruhe die Geldkette wieder aufnehmen könne. Das sei ein halber Optimismus, der den ernsten Willen der französischen Regierung, alle Rechte Frankreichs auszu-sprechen, mißachte. Das Blatt sieht deshalb Schwie-rigkeiten voraus und glaubt, daß die Lösung der Anleihefrage weniger nahe bevorstehe als man sich einbilde.

best, ob, wer einen Ekel als Kettler gemietet hat, auch seinen Schatten als Schutz gegen Sonnenbrand bei einem Raft benutzen darf. Heute steht den Philosophen Demokrit und eine Längerin in die Dichtung ein und läßt sie laitrill auf gegenwärtige Dinge an. Freilich ist er von Natur zu hebenwürdig zur Satire, und statt derbacht zu sagen, be-grüßt er sich mit sanften Andeutungen, die niemand weh tun können. Trotzdem ist das Spiel recht persönlich und sehr bedenklich hoch über der Masse der „Lustspiele“, mit denen die deutschen Bühnen jetzt für Publikum erfreuen. Man findet es im Deutschen Theater unter der entstellten-nen Dichtung Iwan Schmitts in Dekorationen von Andrei Andreev, die fast mehr parodistische Gestalt haben als das Spiel selbst, und unterfächelt mit Gervill, Ekelekt Demeter und den Herren Kainer und Rumburg in fährden-den Rollen mit die komischen Elemente.

Insgesamten ist das Theater am Ruffürsten-dam in leuchtender Stimmung entgegengesetzt worden, wenn auch zunächst nur für den Sommer. Gustav Bergmann führt in dem letzten Hause Oscar Kaufmanns die Operette „Der schwarze Peter“ von Karl Halz auf. Da Bergmann uns Klebs „Straßwiese“ gebracht hat, mag man mit etwas Vertrauen hin, auch wenn man längs an der Operette verweigert hat. In der Tat ist auch die letzte Spiel nicht ganz so verträglich wie die meisten letzten. Und selbst die Lust lebt nicht nur vom Schimmer. Aber trotzdem können nur die Wits klüßender Tonat und Rollen Welches klüßliches Spiel ihm vielleicht nur Dasein verheßen.

Erich Kästner.

Aus Kunst und Leben.

Ein literarischer Globetrotter. (Zu Gertrude's 50. Geburtstag, am 31. Mai.) Wer die Ausreise unserer großen Volksbühnensozialisten kennt der weiß, was die Jugend nach Karl May bevorzugt: Friedrich Gerstäcker. Hier wie dort Abenteuer und Kampfabenteuer, und der Jugend läßt sie gerne bezaubern von den pastenden Darstellungen. Ob nun May oder Gerstäcker den Vortrag verdienen, ist eine Frage, die hier nicht beantwortet werden soll. Gerstäcker hat jedoch sehr viel zur Verbreitung der deutschen ebnographischen Prosa beigetragen, die Gerstäcker begründet hatte, beizutragen. Manchmal erscheint es zwar als zu produktiv, aber es ist in der ersten im Hinblick auf seine gewaltigen Leistungen, zu er in fernem Westen gewohnt. Leider hat bei ihm die Dar-stellungen zwar phantasievolle, farbenprächtige ausgeschaltet, aber auch oft stofflich und stilistisch lotterig, etwas, das er mit seinem Kollegen, dem überbaltendsten Abenteuerromantiker

Verschiebung der Konferenz im Haag?

Dr. Berlin, 1. Juni. (Eig. Drahtbericht.) United Telegraph berichtet aus Paris, die Haager Konferenz solle nach Änderungen aus Kreisen des Quai d'Oran verschoben werden. Lord George habe sich damit bereits einverstanden erklärt.

W. T. B. Paris, 1. Juni. Die französische Regierung hat gestern eine erste Antwort auf die Einladung der italienischen Regierung zur Konferenz im Haag abgegeben. Diese Antwort ist eine Empfangs-Erklärung, in der mitgeteilt wird, daß die französische Regierung demnach ihre endgültige Entscheidung treffen und ihre Ansicht kundgeben werde über die Bedingungen, unter denen diese neue Konferenz die Diskussion über die russische Frage wieder aufnehmen solle. Nach dem „Petit Parisien“ wird ein Memorandum ausgearbeitet, das jedenfalls an alle Mächte übermittelt werde, die im Haag vertreten seien. Es sei wahrscheinlich, daß dieses neue Dokument der französischen Note vom 9. Februar hinsichtlich der Bedingungen der Konferenz von Genua ähnele.

Die englischen Vertreter im Haag.

W. T. B. London, 31. Mai. Im Unterhaus freuten gestern Kennan und nach dem Namen der britischen Vertreter auf der Haager Konferenz. Chamberlain erklärte, daß als britischer Finanzminister der Finanzsekretär des Schatzamtes, Mr. Lloyd George, nach dem Haag gehen werde. Als britischer Handelsminister werde der Parlamentssekretär des Handelsministeriums, Sir Philip Lloyd George, fungieren. Es werde nicht die Teilnahme irgendwelcher anderen Mitglieder erwogen.

Amerika lehnt eine neue Einladung nach dem Haag ab.

W. T. B. Paris, 1. Juni. Nach einer Blättermeldung aus Washington haben in den letzten Tagen die dort akkreditierten Botschafter eine offizielle Demarche beim Staatssekretär Hughes unternommen, um der Regierung Mitteilung zu machen, sie möge sich bei den beiden Ausschüssen auf der Konferenz im Haag vertreten lassen, deren ideales Programm nicht die wirtschaftlichen Fragen, so wie sie die Vereinigten Staaten aufstufen, überschreite. Das Staatsdepartement kündigt jetzt an, daß die Vereinigten Staaten die neue Einladung zu der Konferenz im Haag abgelehnt hätten.

Ergebnis der katholischen Lehrer im Rheinland.

W. T. B. Köln, 1. Juni. Die Hauptversammlung des katholischen Lehrervereins der Provinz Rheinland beschloß, angesichts der immer wieder hervortretenden ablehnenden Lösungsbestrebungen im Rheinland folgende Erklärung:

Die im katholischen Lehrerverein organisierten katholischen Lehrer des Rheinlands stehen fest und unwandelbar zum Deutschen Reich. Die uns anvertraute Jugend wollen wir in aufrechter, gesunder, christlicher Nächstenliebe und damit zur wahren Bistenerkennung erziehen. Wir wollen sie aber auch erziehen zu edler Heimat- und Vaterlandsliebe. Sie müssen ihr Vaterland desto mehr lieben lernen, je größer seine Not ist.

Dr. Seipel zum österreichischen Bundeskanzler gewählt.

D. Wien, 1. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der Nationalrat hat gestern nachmittag die neue Regierung mit 101 Stimmen der Christlichsozialen, der Großdeutschen und der Mitglieder der Bauernpartei gegen die 58 Stimmen der Sozialdemokraten gewählt. Wie zu erwarten war, wurde zum Bundeskanzler der Christlichsoziale Professor Seipel und zum Vizekanzler und Minister des Innern Abg. Frank (Großdeutsche) gewählt. Auch die Liste der übrigen Mitglieder weist die bereits genannten Namen auf, und zwar Außenminister Dr. Gruber, Handelsminister Kraft und Justizminister Dr. Waber. In seiner Programmrede erklärte Bundeskanzler Dr. Seipel, es müßten alle Anstrengungen gemacht werden, um Österreich aus der gegenwärtigen schwierigen Lage herauszubringen. Sein Bekenntnis zur Republik sei das Bekenntnis zur Arbeit. Er sei stets ein Gegner der länderweisen Volksbestimmung für den Aufbruch in Deutschland gewesen. Wenn heute die Großdeutschen ihm ebenfalls ihre Stimmen gegeben hätten, so sei dies ein Beweis, daß sie Vertrauen zu seiner nationalen Haltung haben.

Die französischen Vorschläge für Österreich.

W. T. B. Paris, 31. Mai. Senator Dauterle hat keinen Bericht über den Gehaltswert, der die Gewährung von Vorschüssen bis zur Höhe von 55 Millionen an die österreichische Regierung einbringt. Er vertritt den Standpunkt, daß den Unterhandlungsverhandlungen, deren mit Ungeduld erwartete Erfüllung allein verhindern könne, daß Deutschland die zu weiteren künftigen Bestehen unfähige Republik Österreich wenigstens zum Teil in sich aufzunehmen, eine ansehnliche Rolle spielen werden müsse.

autor Karl May, gemeinsam hat, Gestirne stand allerdings mehr auf dem Boden der Fiktion und konnte darum etwas mehr Sorgfalt auf seine Arbeiten legen als jener. Am 10. Mai 1816 wurde Karl May zu Bamberg geboren, durch den er von 1837 bis 1848 Amerika, reiste 1849 bis 1851 um die Erde, 1860 bis 1861 nach Südamerika, begleitete 1862 den General Grant von Colima nach Mexiko, ging 1867 bis 1868 nach Mexiko und Westindien. Am 3. Mai 1872 starb er zu Bamberg. Seine Erlebnisse hat er in ungeschönten Romanen niedergelegt, die noch heute sehr gut lesbar sind. Von seinen größeren Werken seien hier erwähnt: „Die Regentinnen von Arkanas“ (1845), „Die Fluviatilen des West“ (1848), „Tahiti, Roman aus der Südsee“ (1854), „Die beiden Strahlmänner“ (Australien, 1858), „Gold“, „Kaiserliches Lebensbild“ (1858), „Unter dem Äquator“ (Tahiti, 1860). Er schrieb auch Romane aus dem deutschen Leben, wie „Der Rumpelstilzchen“ (1861) und hübsche kleine humoristische Erzählungen.

* Biologie — eine neue Wissenschaft. Der innige Zusammenhang der beiden Tier- und Pflanzenwelt und dem von ihnen bewohnten Boden besteht. Er ist in allererster Zeit zum Gegenstand eingehender Forschung gemacht worden, und es ist so eine neue Wissenschaft entstanden, die Biologie oder auch Biogenetik, von der Walter Zimmermann in den „Sozialistischen Monatsheften“ erzählt. Die Grundlagen dieses neuen Gebiets bilden die Zoologie und Tiergeographie, von denen die erstere schon auf eine längere Geschichte zurückblickt. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hat man durch Standortuntersuchungen und Kulturversuche sehr interessante Zusammenhänge zwischen Bau und Lebensgewohnheiten der Pflanzen festgestellt, so die Tatsache, daß die Pflanzen trockener Gegenden durch Dürre, die Haut, geringe Blattgröße und dergleichen weit besser gegen Wasserverlust geschützt sind als solche, die Feuchtigkeit lieben. Die Tiergeographie ist sehr viel jünger, und man hat bisher nur für einzelne Tiergruppen, z. B. die frei im Meer schwimmenden Planktonorganismen, den Zusammenhang mit ihrer natürlichen Umgebung festgestellt. Die Biologie ist fast die natürliche Lebensgemeinschaften, in denen sich Tiere und Pflanzen zusammenfinden, als geschlossene Organismen auf, und sie ist im letzten Jahrzehnt von schwedischen, schweizerischen und nordamerikanischen Botanikern sehr gefördert worden. Namentlich wurde die schwedische Universität Uppsala zum Mittelpunkt vieler Studien, und der Schöpfer dieser neuen Wissenschaft, Rütger Sernander, hat eine ganze Schule gegründet. Er hat die

Da während des Streiks der Angelegten die Annahme von Anzeigen an anderen Schaltern nicht erfolgen kann, bitten wir unsere geehrten Anzeigenbekler, ihre für das „Wiesbadener Tagblatt“ bestimmten Anzeigen vorläufig schriftlich aufzugeben.

Der Verlag.

Wiesbadener Nachrichten.

Versärfte Vorschriften über den Kartoffelverkauf.

Aus Berlin wird bekanntlich berichtet: Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat in einer neuen Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln vom 23. Mai 1922 die Vorschriften über den Verkauf von Kartoffeln für das kommende Wirtschaftsjahr wesentlich verschärft. Die unerfreuliche Entwicklung der Kartoffelpreise im gegenwärtigen Wirtschaftsjahr beruhte zu einem erheblichen Teil auf dem Umstand, daß in den überfüllten Gebieten eine allzu große Zahl von Personen gleichzeitig mit dem Ankauf von Kartoffeln sich betraute, und daß sich darunter vielfach sachunkundige Elemente befanden. Auf diese Weise wurden die Kartoffelpreise dauernd überhöht und den Interessen der Verbraucher gegenüber übermäßig in die Höhe getrieben. Die Verordnung vom 24. November 1921 hat diese Mängel nicht völlig zu beheben vermocht, eine Verhinderung erschien daher notwendig. Nach der neuen Verordnung bedürfen zum Großhandel mit Kartoffeln vom 1. August 1922 ab sämtliche Personen, auch die Inhaber der Erlaubnis zum Handel mit Lebens- und Futtermitteln, einer neuen besonderen Erlaubnis. Diese Erlaubnis wird von den für die Erteilung der allgemeinen Handels- und Gewerbe- und Industrie-Verordnungen zuständigen Stellen erteilt, sofern nicht seitens der Länder besondere Stellen bestimmt werden; sie gilt für das ganze Reich. Alle sonstigen Personen, auch die Angelegten und Beauftragten der Inhaber der Kartoffel-Verkaufserlaubnis, dürfen vom 1. August ab zum Wiederverkauf, zur gewerbmäßigen Verwertung oder zur Bedienung des Kartoffelbedarfs einer Mehrheit von Verbrauchern Kartoffeln beim Erzeuger nur mit einer besonderen Ankaufserlaubnis ankaufen, welche von der höheren Verwaltungsbehörde des Ankaufsbezirks neu zu erteilen ist. Diese Erlaubnis bezieht sich auf den Bezirk der Erteilung der Erlaubnis. Die Erlaubnis zum Handel mit Kartoffeln sowie die Erlaubnis zum Handel mit Kartoffeln und die sonstigen Auflagen haben den Erlaubnisbesitzer, der zwecks besserer Überwachung mit dem Nichtbesitzer des Inhabers versehen sein muß, beim Ankauf von Kartoffeln beim Erzeuger bei sich zu führen und auf Verlangen vorzuzeigen. Neu ist ferner die Bestimmung, daß auch der Landwirt sich strafbar macht, der an Kaufleute Kartoffeln verkauft, die nicht als Inhaber einer Ankaufserlaubnis ausweisen können; ebenso die Bestimmung, daß der Ankauf von Kartoffeln innerhalb des eigenen kommunalen Gebiets konfessionslos ist. Diese Ausdehnung der Konfessionslosigkeit war zur Vermeidung von Umgehungen notwendig. Die neuen Bestimmungen treten am 1. August in Kraft. Die Anforderungen der Länder sind nicht zu treffen.

Die Gemüsepreise auf dem Wochenmarkt. Auf dem heutigen Donnerstagmarkt stellten sich die Erzeugerpreise für Gemüse wie folgt: Römisch-Kohl 8 M., Kleinhandelspreis 10 bis 12 M. per Kilogramm, kleine gelbe Rüben (Kartoffeln) 3 M. beam. 3.50 bis 4 M., das Gebund, Schnitt 8 M. beam. 12 M., Blumenkohl (Gehäut) 50 M. beam. 55 bis 60 M., Spargel 1 25 M. beam. 30 M., Suppenzwiebel 24 M. beam. 24 bis 26 M., alles per Kilogramm, Kopfsalat 1 bis 3 M. beam. 2 bis 3.50 M., das Stück, Kohlrabar 3 M. beam. 5 M., per Kilogramm, Zwiebeln 3 bis 4 M. beam. 4 bis 5 M., das Gebund, Karotten, welche heute zum erstenmal angefahren wurden, kosteten das Kilogramm 60 M. Erzeugerpreis und 78 M. Kleinhandelspreis. Nach Römisch-Kohl, Schnitt und Blumenkohl, welche

sehr knapp waren, sowie Kohlrabar bei starkem Angebot, herrschte sehr starke Nachfrage. Der Preis für Spargel ist bei sehr starker Nachfrage durch die bevorstehenden Feiertage steigend. Überangebot war bei Kopfsalat zu verzeichnen. Bei Zwiebeln war glatter Verkauf festzustellen. Seit mehreren Tagen beluden einige Schiffe kleinerer Güter ebenfalls den hiesigen Markt, ein Zeichen, daß sie hier bessere Absatzmöglichkeiten finden. Für die Hausfrauen wäre es nur von Vorteil, beim Einkauf die frühen Morgenstunden zu benutzen, denn um 11 Uhr ist der Markt ausverkauft.

Der Garten im Juni. Im Obstgarten wird mit der Schädlingbekämpfung hauptsächlich durch Spritzen mit Gift, fortgesetzt, nur den Blattläusen schadet es nicht, gegen diese helfen nur leuchtendste Schmiermittel. Zur Schädlingbekämpfung gehört weiterhin das Sammeln und Vernichten aller abgefallenen kleinen Früchte, da sie oft Larven von Schädlingen enthalten. Beim Spätherbst beginnt der Sommer mit dem Entfalten, d. h. mit dem Abstreifen zu langer, krautartiger Triebe. Die Baumstämme sind unattraktiv zu halten und bei stärkerem Fruchtanhang zu düngen und zu gießen. neuangeplante Bäume sind besonders durchdringend zu wässern, bei bleichlichen Bäumen wird dem Wasser Eisenpulver zugesetzt. Bei übermäßigem Fruchtanhang muß jetzt schon ausgedünnt werden, d. h. es sind die kleineren, schlecht entwickelten, maderlichen und verblühten Früchte zu entfernen. Das Beerenobst ist ebenfalls zu düngen und zu gießen, damit kein Beeren- und Blattfall eintritt. Beim Ernten der Erdbeeren sind die Ausläufer abzuschneiden, festzustellen abzuschneiden; einige der schönsten Ausläufer lassen sich man aber mit Vorteil an den Stielen. — Im Gemüsegarten beginnen die ersten Ernten. Abgeräumte Beete sind jetzt sofort neu zu bepflanzen oder zu beeden. Das Pflanzen ist am besten abends vorzunehmen und die Samen sind durch Sand, Kompost oder Torfmull vor dem Verrotten zu schützen. Geplanter können werden: Salat, Stauden, Endivien, Bistong, Sellerie, Lauch, Fenchel, Winterkohl, Rosenkohl, Herbstkohl, Weiße Rüben, Winterendivien, gekaut können noch werden: Salat, Radieschen und Erbsen. Zu säen sind: Erbsen, Kohl, Frühkartoffeln, Stangenbohnen. — Der Spargel soll regelmäßig bis Johannis geerntet werden, damit der Spargelkäufer keinen Verlust am Ablesen seiner Eier findet; trümmen sich die Spargelstangen, so sind sie von ihm befallen und müssen tief ausgeschnitten und verbrannt werden. Zur besseren Entfaltung sind alle Pflanzen von Zeit zu Zeit mit verdünnter Asche (Wasser) zu düngen; gegen Unkraut und zur Förderung und Fruchtbarkeit des Bodens wird gehandelt.

Beherbergungssteuer. Wer Zimmer gegen Bezahlung an Fremde vermietet, hat eine Steuer zu entrichten. Die Steuer kann von den Fremden einbezogen werden. Zahlstelle ist die städtische Kuratverwaltung, Eingaas Theaterkolonnade, wo auch alle weitere Auskunft erteilt wird. Es wird dabei auf die Bekanntmachung im Anzeigenteil hingewiesen. Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß, abweichend von den bisherigen Bestimmungen, vom 1. Juni ab die Beherbergungssteuer auch dann zu entrichten ist, wenn vom Mieter Kurkarte gezahlt wird. Die Bemessung der Aufenthaltssteuermarken wird ab 1. Juni eingestellt. Die nicht verwendeten Marken sind an das Kuratbureau zurückzugeben.

Theaterbauern Eppenhain. Das Haus wird nunmehr bestimmt am 7. Juni 1922 eröffnet; an diesem Tage werden 16 Frauen und Mädchen dahin entsandt werden. Es wird bemerkt, daß noch einige Stellen für später frei werden und jezt noch Anmeldungen im städtischen Verwaltungsbüro (Rheinstraße 36, Zimmer 14), vormittags zwischen 8 bis 12 Uhr, eingegeben werden können.

Badegaststätten bei Schillerberg. Man schreibt uns: Dem Wandersport der deutschen Jugend ist durch die Errichtung von Studenten- und Schülerbergern eine fröhliche Unterhaltung entstanden. Die jugendlichen Wanderer finden da unentgeltliche, in manchen Fällen gegen eine ganz geringe Entschädigung, Radfahrer mit Morgenfrühstücken. Sie müssen sich dazu mit einer Wanderkarte ausstatten lassen, die ihnen die Vorkehrungen über den Anfall oder Organisation von der Hauptleitung der Bergern beschaffen. Die legerische Einrichtung hat überall Eingang gefunden; bis zu 20 Bergern und darüber waren in jeder Provinz dank des bereitwilligen Entgegenkommens vieler Jugendfreunde vorhanden. Schade, daß das Ostland jetzt verfallen ist. Was aber bisher sehr vermisst wurde und vielfach noch wird, sind Badegaststätten bei uns in der Nähe von Schillerberg. Welche eine Wohltat ist ein erfrischendes Bad nach einer Wanderung auf staubiger Straße! In den wasserreichen Gegenden Nord- und Ostdeutschlands ist es einfach, ein Bad zu nehmen oder eine Schülerbergere in der Nähe des Bades einzurichten. Schwieriger hingegen in wasserarmen Gebieten. Aber auch da kann ein Bad geschaffen werden durch Anlage von Wasserbecken, die durch Stauwasser kleiner Flüsse und Bäche gefüllt werden, wie Becken im oberen Lahngebiet bemerken. Da war es ein possendes Gelände, dort ein alter Mühlenteich einer einmündigen

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Im Lauf des Sommers soll im Großen Schauspielhaus in Berlin ein neues Werk des in der Festung Niederschönhausen gefangen gehaltenen Dichters Ernst Toller zur Aufführung gelangen. Aus diesem Anlaß hat eine Anzahl bekannter Persönlichkeiten, darunter die früheren Minister Daubisch, Decker, Heine, Scherndemann und Reichstagspräsident Lohse, ferner Gerhard Hauptmann, Felix Hollander, Leonold Reiner, Professor Alfred Klotz, Ludwig Fuchs u. a. an den Reichspräsidenten die dringende Bitte gerichtet, auf den bevorstehenden Winterpräsidenten und Justizminister Grafen Dethlefsen dahin einzuwirken, daß Toller zur Teilnahme an der Aufführung bzw. einigen Großen seines Dramas Urlaub gewährt wird. — Die Aufführung von Fritz v. Ullrichs neuem Schauspiel „Stürme“ findet in der Inszenierung von Gustav Hartung am Samstag, den 3. Juni, im Hessischen Landes-Theater zu Darmstadt statt.

Wissenschaft und Technik. Unter dem Titel „Die Schmelzschweißung“ erscheint jetzt kurzem im Paul Parey Verlag, Hamburg, eine neue Fachzeitschrift, die die Verbreitung praktischer Neuerungen sowie wissenschaftlicher Erkenntnisse auf dem Gebiet der Schmelzschweißung betreibt. — Im Alter von 72 Jahren starb in Bern Professor Dr. Philipp Veitmar an einem Herzleiden. Durch eine Reihe von Publikationen auf dem Gebiet des römischen Rechts, so die Erweiterung und Neuauflage des Pandekten-Werkes von Brien, sowie auf dem Gebiet der Sozialpolitik durch seine grundlegenden Arbeiten, wie „Arbeitsverfassung“ und andere, hat er sich in der deutschen Wissenschaft einen Namen gemacht. — Die „Times“ melden aus Melbourne, Professor Einfeld habe den Behörden der Universität Sydney mitgeteilt, daß er nicht in der Lage sei, ihrer Einladung zu einem Besuch Australiens nachzukommen.

Bildende Kunst und Musik. Wie uns mitgeteilt wird, ist der „Allgemeine deutsche Musikerkalender“ aus dem Verlag von Dr. Rich. Stern (Berlin) in Max Besses Verlag, Berlin, übergegangen und wird mit „Seines deutschen Musikerkalender“ vom nächsten Jahres an vereinigt werden. Es ist erwünscht, daß alle deutschen Musiker, welche in den Kalender aufgenommen werden wollen, und die noch keinen Fragebogen erhalten haben, sich möglichst umgehend an die Redaktion des Kalenders (Max Besses Verlag, Berlin W. 15, Ricknburgstraße 38) wenden.

Bezeichnung der „Amelanspflanzen“ eingeführt, indem er das Zusammenleben zwischen Amelien und Pflanzen erklärte. Diese „Amelanspflanzen“, wie z. B. Weiden und Kiefer, haben Samenanhänge, die von den Amelien als Vederhüllen gekleidet werden, und so zur Samenverbreitung dienen. Seine Schüler haben größere und kleinere Pflanzenstücke einander unterlegt und nachgewiesen, daß die Verbreitung der einzelnen Pflanzen in einen natürlichen Bestand, also auf einer Weise, in einem Wald, nach inneren Gesetzen streng geregelt ist. So lassen sich die Hauptlebensformen mindestens einmal auf 16 Arten finden, der 16 nach der Natur der Bestände 9,01 bis 16 Meter groß ist. Diese verschiedenen Arten Bestände sind begrifflich wie natürlich klar voneinander getrennt. Nach ihren Ergebnissen sind eine natürliche Weise, ein Wald usw., seine Zusammenwirkungen von Pflanzen, die durch äußere Umstände hervorgerufen wurden, sondern es sind natürliche Einheiten, fest geschlossene Organismen, in denen die Stellung und Anordnung der einzelnen Pflanzen ganz bestimmten Gesetzen unterliegt.

* Ein Altjünglingsgebet. Man schreibt uns: Vielleicht empfindet es sich bei dem heutigen Männermangel, ein Altjünglingsgebet aus alter Zeit wieder in Erinnerung zu bringen. Es ist dem „Frauensimmer-Löschenkalender“ auf das Jahr 1731 entnommen, der für jeden Monat ein besonderes Gebet für Frauenzimmer bringt. Das folgende für Eisengebilde ist für den Monat November und lautet:

Andreas, du gepriesener Mann,
Ich bitte, was ich bitten kann:
Verleihe mir doch in kurzer Frist,
Vorum du oft gebeten bist,
Errette mich aus meiner Not
Und nimm mir Heber Her und Noth;
Imagene gib mir einen Mann,
Den ich zu was gebrauchen kann;
Er mag nun kurz und oder klein,
Arm, häßlich und ein Krüppel sein;
Er habe gar kein Bein nicht mehr,
Er lebe nicht, er höre schwer,
Aber so, er sei auch noch so schlecht,
So ist er doch für mich schon recht.
Halt dir nur noch ein Freier für,
So schied ich doch zuerst zu mir.
Zu dir steht meine Zuversicht,
Bereit es in bei Leide nicht.

Verantwortlich für den geistlichen Teil: G. Zeltz; für den Wirt-
schaftsteil: H. Sander; für den lokalen und geographischen Teil, sowie
Berichtsausschuss und Druck: H. G.; für die Karten und Illustrationen:
G. Dornau, sämtlich in Wiesbaden.
Bund u. Verlag der 2. Schellenberg'schen Hofbuchdruckerei in Wiesbaden.